



Kreisnachrichten

Informationen und öffentliche Bekanntmachungen der Kreisverwaltung Berncastel-Wittlich

Ausgabe 01/2024

Kundenorientiert - Innovativ - Wirtschaftlich

Dienstag, 02.01.2024

Kreistag beschließt Haushalt 2024

In seiner letzten Sitzung im Jahre 2023 hat der Kreistag des Landkreises Berncastel-Wittlich den Haushalt 2024 beraten und mehrheitlich beschlossen.

Der Haushalt des Jahres 2023 war durch die Reform des Kommunalen Finanzausgleichs geprägt. Diese Reform ermöglichte es dem Landkreis in der Planung und voraussichtlich auch in der Haushaltsrechnung für das Jahr 2023 trotz Senkung des Kreisumlagesatzes um 3 %-Punkte auf 44,2 % ein positives Ergebnis mit einer freien Finanzspitze zu erzielen.

Die positive Entwicklung des Kreishaushalts – auch vor Inkrafttreten des neuen Finanzausgleichsgesetzes war es mehrere Jahre gelungen, den Haushalt sowohl in der Planung als auch in der Rechnung auszugleichen - wird sich im Jahre 2024 jedoch nicht fortsetzen. Der Landkreis plant in 2024 mit einem negativen Ergebnis im Ergebnishaushalt in Höhe von 4,997 Mio. €.

Im Finanzhaushalt 2024 wird der Landkreis bei der Summe der ordentlichen Ein- und Auszahlungen einen Überschuss in Höhe von 0,199 Mio. € erzielen. Unter Berücksichtigung der planmäßigen Tilgungen von Investitionskrediten in Höhe von 4,956 Mio. € ergibt sich eine negative freie Finanzspitze in Höhe von 4,757 Mio. €. Unabhängig von diesen negativen Ergebnissen beabsichtigt der Landkreis jedoch weiterhin, nachhaltig in die Infrastruktur zu investieren. Auf rund 24,728 Mio. € wer-

den sich die investiven Auszahlungen im Jahr 2024 belaufen. Schwerpunkte sind dabei weiterhin die Schulen (rund 6,5 Mio. €), der Breitbandausbau (rund 7,45 Mio. €) und die Kreisstraßen (rund 5,17 Mio. €). Der Eigenanteil des Landkreises zur Finanzierung der geplanten Maßnahmen wird sich auf 7,274 Mio. € belaufen. Unter Berücksichtigung der geplanten Tilgungen wird sich die Netto-Neuverschuldung im Jahre 2024 auf 2,218 Mio. € belaufen.

Landrat Gregor Eibes erläuterte die Gründe, die zu den deutlich schlechteren Plandaten geführt haben. Trotz unverändertem Kreisumlagesatz wird das Kreisumlageaufkommen im Jahre 2024 um rund 2,9 Mio. ansteigen. Im Gegenzug wird aber die Schlüsselzuweisung B gegenüber dem Planansatz des Jahres 2023 in 2024 um rund 7 Mio. € zurückgehen. Im Saldo werden die Einnahmen des Landkreises in diesen beiden wesentlichen Positionen innerhalb der allgemeinen Deckungsmittel um rund 3 Mio. € zurückgehen. Demgegenüber stehen jedoch deutlich gestiegene Ausgaben insbesondere in den Bereichen Eingliederungshilfe, Tageseinrichtungen für Kinder und Personal.

Landrat Eibes wies darauf hin, dass die dargestellte Entwicklung sowohl auf der Einnahmeseite als auch auf der Ausgabeseite in den meisten Landkreisen in Rheinland-Pfalz zu beobachten ist. 23 Landkreise beteiligten sich an einer Umfrage des Landkreistages. 18 Landkrei-

sen veranschlagen hiernach für 2024 negative Ergebnisse. Auf der Ausgabenseite rechnen die Landkreise mit einem Anstieg des Defizits in den Sozialhaushalten in Höhe von 5,2 % (rd. 44,3 Mio. €). Über 40 % des Aufwuchses sind allein auf die Eingliederungshilfe zurückzuführen. Im Produktbereich Jugendhilfe wird mit einem Anstieg des Defizits in Höhe von rd. 182,0 Mio. € (+ 16,2 %) gerechnet, davon rd. 120,0 Mio. € für Kindertagesstätten (+ 19,7 %). Insgesamt kosten damit die Kindertagesstätten die Kreise in 2024 rd. 701 Mio. €. Der Gesamtanstieg 2024 im Bereich Jugend und Soziales beträgt 226,3 Mio. € (11,5 %). Der Haushaltsplan für das Jahr 2024 kann digital aufbereitet unter www.berncastel-wittlich.de/kreisverwaltung/fachbereiche/finanzen-und-kostensteuerung/haushalt-des-landkreises/digitaler-haushalt-2024/ eingesehen werden.

Weitere Themen

Neben dem Kreishaushalt für das Jahr 2024 wurden weitere Themen behandelt. Unter an-

derem wurde dem Kreistag das Konzept der Integrierten Rettungsleitstelle in Trier vorgestellt. Der Kreistag stimmte einer ab dem 01.05.2024 in Kraft tretenden Änderung in der Organisationsstruktur der Musikschule des Landkreises zu. Die „Institution Musikschule“ wird seit 1995 als Drei-Säulen-Modell mit den Kooperationspartnern Kreismusikverband und Kreis-Chorverband als Musikschule des Landkreises Berncastel-Wittlich geführt und unter anderem von der Sparkassenstiftung maßgeblich gefördert. Die Musikschulsäulen des Kreismusikverbandes und des Kreischorverbandes werden aus Kostengründen mit Zustimmung der Verbände in den Musikschulbetrieb des Landkreises integriert. Weiterhin hat der Kreistag der Errichtung eines Katastrophenschutzentrums und der Erweiterung des Kreishauses zugestimmt.

Alle im Rahmen der Sitzung behandelten Themen können bei weiterem Interesse im Rats- und Bürgerinformations-Netz RUBIN unter www.berncastel-wittlich.more-rubin1.de eingesehen werden.

Haushaltsreden der Fraktionen zum Kreishaushalt 2024

CDU

Sehr geehrter Herr Landrat, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir treffen uns heute, um über

den Haushalt 2024 zu beraten. Es ist wieder viel passiert im abgelaufenen Jahr.

Wir dachten alle, dass im Jahr 2023 der mitten in Europa stattfindende Krieg mit dem Überfall von Russland auf die

Ukraine alles bisher Dagewesene in den Schatten stellen würde. Dann mussten wir uns eines Besseren belehren lassen, da am 07. Oktober 2023 die Hamas Terroristen unschuldige Bürger des Staates Israel und der freien Welt heimtückisch überfallen und wahllos ermordet haben. Seitdem tobt im Gazastreifen ein blutiger Krieg. Die Zündschnur ist an das Pulverfass gelegt. Hoffen wir, dass es nicht zu einem Flächenbrand kommt. Wir müssen jedoch feststellen, dass das wohl erst der Anfang war. Denn neben den dramatischen Auswirkungen der Kriege mit ihren Flüchtlingsströmen und Energiepreisexpositionen, hat auch die Wirtschaft und damit unsere bisher unerschütterlich geglaubte Wirtschaftskraft einen erheblichen Einbruch erlitten. Die Auswirkungen werden wir in 2024 und den Folgejahren noch deutlich zu spüren bekommen. Denn die stark gestiegenen Zinsen zur Eindämmung der hohen Inflation haben ihre Spuren auch in unserem Wirtschaftskreislauf hinterlassen.

Wir haben den Einstieg in die Lohn-/Preisspirale genommen. Das Ende ist hier noch völlig offen. Gerade im sehr wichtigen Baugewerbe stehen die Zeichen auf Stillstand. Gleichzeitig müssen wir uns auf kommunaler Ebene mit der Bewältigung des Flüchtlingsstroms infolge der Kriege auseinandersetzen und sind gefordert, die Werte unserer Demokratie und Freiheit zu verteidigen.

Wie lange diese unsäglichen Kriege noch andauern werden, weiß niemand. Nur eines ist jetzt schon klar, die Zeit des einfachen „Weiter so“ ist abgelaufen. Wir müssen für unseren Wohlstand stärker kämpfen und ich behaupte, dass wir alle ärmer geworden sind. Wir bleiben trotzdem hoffnungsvoll, was in der aktuellen Situation sehr schwerfällt.

Betrachtet man unsere Haushaltszahlen, so erkennen wir,

dass die fetten Jahre vorbei sind. Denn wir werden ein Defizit im Ergebnishaushalt von rd. 5,0 Mio. € ausweisen. Das ist eine neue Zeitrechnung, die wir seit fast 10 Jahren als nicht mehr existent gesehen haben. Denn trotz nochmals gestiegener Einnahmen aus der Kreisumlage von rd. 3,0 Mio. € weisen wir bei den allgemeinen Deckungsmitteln einen Rückgang von rd. 1,6 Mio. € aus. Das ist unglaublich. Bei der Umlage B2 sind das ganze 7,0 Mio. € weniger als letztes Jahr.

Gleichzeitig steigen die Ausgaben der Fachbereiche um rd. 5,8 Mio. €. Also in einem Jahr hat sich die Haushaltssituation um 7,4 Mio. € verschlechtert. Diese nicht mehr zu kalkulierenden extremen Schwankungen machen eine seriöse Haushaltsaufstellung fast unmöglich. Deshalb begrüßen wir den Vorschlag der Verwaltung, die Kreisumlage nicht zu verändern und den Fehlbetrag aus den Haushaltsüberschüssen der Vorjahre, insbesondere des Jahres 2023, zu decken. In Anbetracht der Gesamtsituation, insbesondere der anstehenden Investitionen von rd. 24,7 Mio. € und der gleichzeitigen Aufnahme von rd. 7,3 Mio. € an Investivkrediten, um diese Investitionen zu schultern, ist das in meinen Augen das einzig richtige Mittel, dass die öffentliche Hand gehalten ist, in dem sonst eher schwierigen Umfeld Impulse zu setzen, da diese derzeit im privaten und auch im industriellen Bereich ausbleiben. Die öffentliche Hand muss hier zum Motor werden, damit die Arbeitsplätze erhalten bleiben. Ich denke hier nur an die anstehenden Investitionen in die Straßen und auch den geplanten Anbau an die Kreisverwaltung oder das Katastrophenschutzzentrum.

Der Landkreis wird die Kreisumlage bei 44,2 % belassen und damit die Kommunen im schwierigen Umfeld nicht noch zusätzlich belasten. Das sind wir den Kommunen schuldig, die ja bisher

den Großteil der kommunalen Daseinsvorsorge geleistet haben. Die Kreisumlage wird aufgrund der gestiegenen Steuerkraft um rd. 3 Mio. € höher ausfallen als im letzten Jahr und damit ein Allzeithoch von insgesamt 79,6 Mio. € erreichen.

Gleichzeitig fordere ich Bund und Land auf, ihrer Verantwortung nachzukommen und nicht nur die gesetzlichen Grundlagen für Leistungen der Bürgerinnen und Bürger zu schaffen, sondern auch uns als Landkreise die finanzielle Ausstattung dafür zukommen zu lassen und es nicht auf die kommunale Ebene abzuwälzen, wie es gerade wieder geschieht.

Betrachten wir den Ergebnishaushalt, der ein geplantes Defizit von rd. 5,0 Mio. € ausweisen soll, ist das im Vergleich zum Vorjahr eine Verschlechterung von rd. 7,4 Mio. €. Diese Zahlen führen zu ungläubigem Staunen und bereiten mir große Sorge für die Zukunft. Das hat seine Gründe. Schauen wir uns hierzu exemplarisch den Fachbereich 31 an:

Im Fachbereich 31 Eingliederungshilfe und Hilfe zur Pflege steigt der Zuschussbedarf um rd. 8,5 Mio. €. Größter Steigerungsposten ist das Produkt 3164 Leistungen zur Sozialen Teilhabe mit rd. 5,0 Mio. €. Ebenso beachtlich ist die Steigerung im Produkt 3162 Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben mit rd. 1,9 Mio. € an Steigerung.

An diesen beiden Zahlen erkennt man, dass der Bund uns bei den i. d. R. durch Personalkostensteigerungen bedingten Mehrausgaben im Regen stehen lässt. Die hier eingeleitete Lohn-/Preisspirale wird uns in den kommenden Jahren noch bitter aufstoßen. Denn man sollte immer daran denken, dass das Geld, was man verteilt, erst einmal erwirtschaftet werden muss!

Betrachtet man den Finanzhaushalt, der mit einem Saldo von rd. 7,3 Mio. € abschließt, dann sind die geplanten Inve-

stitionen von 24,7 Mio. € nur mit einer Kreditaufnahme in entsprechender Höhe zu finanzieren, da wir keine freie Finanzspitze im Ergebnishaushalt erwirtschaften können.

Die wichtigsten Investivmaßnahmen werden die Erweiterung der Kreisverwaltung, der Neubau des Katastrophenschutzentrums, die Sanierung der Liesertalschule, der IGS Morbach und der IGS Salmtal, der weitere Ausbau der Kreisstraßen und der Bau der KiTa Trarbach sein. Nicht zu vergessen, unser Anteil von fast 2 Mio. € für die neue Leitstelle in Trier. Hier wird in Trier entschieden und das Umland darf blechen. Die Lage für diese Leitstelle ist nicht an einen bestimmten Ort gebunden, der solch eine teure Einrichtung rechtfertigt.

Kredite: Ich bin froh, dass der Landkreis sich in diesen Zeiten seiner Bedeutung als Auftraggeber bewusst ist und in unsere Schulen, Kindergärten und Straßen investiert. Mit rd. 24,7 Mio. € ist dies schon ein ordentlicher Brocken. Hierfür werden in 2024 formal rd. 7,3 Mio. € neue Kredite aufgenommen, wenn man die ordentliche Tilgung von 5,0 Mio. € abzieht, wird die Verschuldung um 2,3 Mio. € ansteigen, auf dann rd. 80,9 Mio. €. Die Zeiten, in denen wir die Verschuldung abbauen konnten, sind erst einmal vorbei. Gut, dass wir in den letzten Jahren das so gemacht haben. Die Luft werden wir jetzt brauchen.

Wir hoffen, dass in 2024 der unsägliche Krieg in der Ukraine sein Ende finden wird und auch der Krieg im Gazastreifen endlich aufhört. Wir hoffen, dass die gesellschaftlichen Herausforderungen, insbesondere was die Transformation der Wirtschaft in eine klimaneutralere, ein Stück weiter vorankommt. Wir fordern, dass Bund und Land endlich erkennen, dass die Misere der kommunalen Finanzen nicht kommunal gemacht, sondern von Bundes- und Landesgesetzen verursacht ist. Wenn wir hier

nicht ansetzen, dann werden wir in Zukunft kommunal nicht mehr handlungsfähig sein. Die CDU-Fraktion wird dem vorliegenden Haushaltsentwurf 2024 mit Stellenplan zustimmen. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen Allen ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein gesundes und glückliches Jahr 2024.

SPD

Sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrte Herren Beigeordnete, liebe Kreistagskollegen und -kolleginnen, sehr geehrte Damen und Herren, gerne würde ich am Ende des Jahres einmal hier stehen und sagen können: „Alles ist gut“. Doch leider haben wir nicht nur bis heute mit den Folgen der Ereignisse der letzten Jahre, wie Flutkatastrophe und den Angriffskrieg auf die Ukraine, sondern auch wieder mit neuen Herausforderungen zu kämpfen. Der Israel-Gaza Krieg, der durch den schrecklichen Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober begann, der zunehmende Antisemitismus in Deutschland, der immer noch andauernde und zunehmende Flüchtlingsstrom in unser Land, der die Bevölkerung an die Grenzen der Belastbarkeit bringt.

Ich bin Jahrgang 1963 und kann mich, zumindest seit ich die Ereignisse einordnen kann, nicht erinnern, dass jemals in Deutschland derart viele, einschneidende Herausforderungen zu bewältigen waren. Selbstverständlich ist das hier eine Rede zu Kreishaushalt und nicht über die Weltpolitik, doch das eine lässt sich leider vom anderen nicht mehr trennen. Das zeigt sich auch in vielen unserer Debatten im Kreistag, bei denen wir immer sehr schnell zu den schrecklichen Ereignissen in der Welt, sowie zu der Bundes- und Landespolitik kommen.

Wir als Fraktionen im Kreistag können weder die Weltlage, noch die Bundes-, oder Lan-

despolitik gestalten oder beeinflussen. Wir haben dafür zu sorgen, dass wir pragmatische Lösungen für alle Aufgaben finden, die wir durch diese Einflüsse zusätzlich zu unseren vielfältigen eigentlichen Aufgaben zu bewältigen haben.

Bei der Bewältigung dieser Aufgaben ist Parteipolitik meist fehl am Platze und die demokratischen Fraktionen im Kreistag haben in diesem Jahr wieder einmal bewiesen, dass man nur zusammen und nicht gegeneinander praktikable Lösungen finden kann. Und dass „dagegen sein“ keine Lösung für Probleme ist. Nun, ohne die entsprechenden Finanzen ist das alles nicht möglich, deshalb ist da ja hier auch eine Haushaltssitzung.

Bei ausgewiesenen Verlusten im Ergebnishaushalt (-4,6 Millionen) und Finanzhaushalt (-2,5 Millionen) für 2024 von je mehr als 9 Millionen Euro, sieht da nicht gerade einfach aus. Durch den Abschluss 2023 sollte das jedoch noch etwas gemindert werden können. Wichtig ist uns, dass die Kreisumlage bei 44,2 % stabil bleibt, was natürlich andersherum wieder der gestiegenen Finanzkraft der Kommunen zu verdanken ist. Noch schöner wäre es, den Kommunen mal verkünden zu können, dass die Kreisumlage gesenkt wird, denn von finanziellem Handlungsspielraum können die meisten Gemeinden nur träumen.

Es ist nicht erforderlich alle gehörten Zahlen zum Kreishaushalt nochmal zu wiederholen, lassen Sie mich stattdessen unsere wichtigen Themen ansprechen:

Flüchtlinge: Weiterhin stellt der Flüchtlingsstrom unser Land vor enorme Herausforderungen, die nicht alle mit Geld zu lösen sind. Dennoch ist es hilfreich, dass 2024 für die Kommunen zusätzlich 200 Millionen vom Land und 67,2 Millionen vom Bund für die Aufnahme und Integration von Flüchtlingen zur Verfügung gestellt werden. Obwohl die Gelder nicht nur

nach dem Königsteiner Schlüssel sondern auch pro Geflüchtigtem verteilt werden sollen, bedarf es weiterer Unterstützung durch den Kreis für die Städte und VG, die sich über die Maßen engagieren. Die Arbeit für die Verwaltungen und engagierte Bürgerinnen und Bürger ist erheblich, ich spreche hier beispielhaft von der Wohnungsbeschaffung, -ausstattung und -auflösung. Von den Geldern, die der Kreis einnimmt, müssen die Kommunen, die sich mehr engagieren auch mehr profitieren.

Schulen: Die gute Ausstattung der Schulen ist und bleibt eine Daueraufgabe für den Kreis um die Schulstandorte zukunftsfähig zu halten. Gute Bildung ist von jeher ein Hauptanliegen der SPD. Gelder aus diversen Klimaschutzprogrammen werden in 2024 hilfreich sein, die Sanierung einiger Schulen zu stemmen. Die Übernahme der Realschule Plus Thalfang durch den Kreis wird uns in 2024 beschäftigen. Hier gilt es eine Lösung zu finden, die allen Beteiligten gleichermaßen gerecht wird. Unsere Fraktion wird diesen Prozess konstruktiv unterstützen.

Klimaschutz: Wir alle haben mit dem Klimaschutzkonzept des Kreises, dem ÖPNV-Konzept und dem Radwegekonzept unsere Hausaufgaben gemacht. Nun gilt es die Umsetzung konstruktiv aber auch kritisch zu begleiten. Konzepte sind das eine, eine stringente Umsetzung das andere. Wir setzen hier auf die kompetenten Fachleute, die diese Konzepte erarbeitet haben und auch begleiten werden. Hier erwähnen wir ausdrücklich das KIPKI-Programm des Landes in Höhe von 250 Millionen Euro für den kommunalen Klimaschutz.

Soziales: Unsere SPD-Fraktion steht für das soziale Miteinander in der Gesellschaft. So freuen wir uns über die Erhöhung der Entgelte für die Tagespflegemütter auf Antrag unserer Fraktion sowie über ein neues Frauenhaus in der Eifel. Unser Ziel für die kom-

mende Legislaturperiode: Schulsozialarbeit auch in die kleineren Grundschulen zu bekommen und zwar nicht als Projekte, sondern dauerhaft. Dass der Bedarf hierfür da ist, steht außer Zweifel.

Der Ausbau der Kitas als Kommunale Pflichtaufgabe und die Eingliederungshilfe sind und bleiben riesige Posten in unserem Haushalt. Gesundheitliche Versorgung im Kreis ist Zukunftsaufgabe. Ärztemangel auf dem Land, Fachkräftemangel in der stationären und ambulanten Langzeitpflege, bei immer mehr älteren und hilfebedürftigen Menschen. Wir können uns hier mit Ideen und Konzepten ein Bein dafür ausreißen, doch machen wir uns nichts vor, ohne eine Änderung der gesetzlichen Rahmenbedingungen im Gesundheitswesen wird sich das nicht ändern lassen. Hier wäre die Abschaffung unsinniger Anforderungen und Auflagen der erste Schritt in die richtige Richtung.

Die Krankenhauslandschaft wird sich durch die Krankenhausreform massiv verändern. Das werden wir auch hier im Kreis spüren. Wenn man alle Akteure an einen Tisch holt und es geschickt angeht, kann darin sogar eine Chance bestehen, kleinere Krankenhausstandorte mit einem etwas abgeänderten Versorgungsangebot zu erhalten.

Arbeit und Ausbildung: Unsere Fraktion unterstützt den Fortbestand des ÜAZ, welches unter der Leitung von Herrn Uhl eine gute Perspektive für die Zukunft hat. Nur über eine fundierte Ausbildung, die gleichzeitig auch eine soziale Unterstützung bietet, kann dem Fachkräftemangel entgegengewirkt werden. Wir müssen uns alle auf die Fahnen schreiben, die jungen Menschen wieder für Ausbildungsberufe zu begeistern. Diese sind attraktiv, unentbehrlich und zukunftssicher und verdienen unsere höchste Wertschätzung.

Der Fachkräftemangel ist auch in den Verwaltungen ange-

kommen. Auf jede ausgeschriebene Stelle findet sich eine überschaubare Anzahl, schlimmstenfalls überhaupt kein Bewerber. Dass sich die kommunalen Verwaltungen gegenseitig Mitarbeiter abwerben löst das Problem nicht. Abmildern kann man das Ganze auch hier nur durch gezielte Ausbildung. Zudem ist die kontinuierliche Weiterentwicklung der Digitalisierung der Arbeitsprozesse eine der Antworten auf diese Herausforderungen.

Katastrophenschutz und Rettungswesen: Hier sind wir mit dem Plan der Errichtung des Katastrophenschutzentrums im Bereich der Sporthalle der BBS Wittlich und der Errichtung der Rettungsleitstelle Trier mit den heutigen Entscheidungen einen Schritt weitergekommen. Unser Dank gilt an dieser Stelle allen Menschen, die sich hauptberuflich oder ehrenamtlich im Kreis bei den Feuerwehren und Hilfsdiensten engagieren. Ebenso allen anderen Ehrenamtlichen, wo immer sie tätig sind.

Leider sehen sich auch diese Menschen, die für unsere Gesellschaft lebenswichtigen Aufgaben erfüllen, immer wieder Angriffen ausgesetzt. Das werden wir nicht dulden und unser aller Solidarität muss ihnen sicher sein. Dass die Grundwerte unserer Demokratie in unserer Gesellschaft immer mehr mit den Füßen getreten werden, bereitet mir Sorgen.

Dazu möchte ich am Ende meiner Ausführungen den Artikel 1 des Grundgesetzes zitieren: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ Wir müssen uns weiterhin gemeinsam allen Feinden der freiheitlichen demokratischen Grundordnung entschieden entgegenstellen.

Ihnen Herr Landrat, den Beigeordneten, den Kolleginnen und Kollegen im Kreistag danken wir für das konstruktive Miteinander. Ebenso den Mit-

arbeitenden der Kreisverwaltung für Ihre Unterstützung. Insbesondere Herrn Simon für seine Bereitschaft und seine Zeit uns den Haushalt zu erklären und Frau Rodermund für die unermüdete Beantwortung all unserer Fragen. Die Mitglieder der SPD-Fraktion wünschen Ihnen allen ein gutes, gesundes Jahr 2024!

Bündnis 90 / Die Grünen

Sehr geehrter Herr Landrat, verehrte Kreistagsmitgliedern und -mitglieder, verehrte Gäste, in diesen Krisenzeiten ist dieser Haushaltsplanentwurf mehr denn je eine reine Absichtserklärung, keiner weiß, was wirklich auf uns zukommt. Was sollen wir auch groß zu diesem Haushaltsentwurf sagen, wir haben von einem Haushaltsvolumen von 295 Mio €, mal gerade ca. 1 % Anteil freiwillige Ausgaben an den Gesamtaufwendungen unseres Haushaltes. In den freiwilligen Ausgaben sind auch die Kreismusikschule und das ÜAZ enthalten. Da bleibt kaum Gestaltungsspielraum! Wir haben kein positives Ergebnis, keine „Freie Finanzspitze“! Wir sind dennoch sehr froh, dass, trotzdem ja auch alles teurer geworden ist, in diesem Jahr die Umlage bei 44,2 %-Punkten bleibt, was den Kommunen Handlungsfreiheit gibt. Dennoch erhalten wir mehr Kreisumlage – fast 3 Mio. mehr –, was darauf zurückzuführen ist, dass die Steuerkraft in den Gemeinden zugenommen hat. Seien wir froh darum!

Unser Schuldenstand wird Ende des Jahres, wenn es denn so kommt wie geplant, ca. 85 Mio € betragen. Wir haben aber auch noch unsere RWE Aktien! Wenn sie auf über 35 € steigen, sollten wir, laut Kreistagsbeschluss, uns nochmal darüber unterhalten, wie wir weiter mit ihnen umgehen. Nun sind sie auf über

40 € gestiegen und wir bitten darum dieses Thema auf die kommende Sitzung des Kreisausschusses zu setzen.

Nein, wir möchten nicht die Zahlen dieses Haushaltsplanentwurfes wiederholen, sie wurden schon explizit von unserem Landrat vorgetragen. Und wir würden mit der Wiederholung des Zahlenwerkes auch nichts an diesem wirklich nicht erfreulichen Zahlenwerk ändern! Wichtig für uns ist, dass wir unser gesamtes Handeln auf seine Auswirkungen auf unser Klima, auf den CO² Ausstoß hin überprüfen. Daher dürfen wir die energetischen Sanierungen z. B. von Schulen nicht unter dem Gesichtspunkt sehen „wann haben sich die Investitionen amortisiert“, sondern unter dem Gesichtspunkt „was haben wir an CO² Ausstoß eingespart.“ Klimaschutz kostet Geld, aber wenn wir unser Klima nicht schützen, werden die Klimakatastrophen uns noch mehr Geld kosten und noch mehr Unglück über den Landkreis bringen. Investitionen in unsere Feuerwehren und das Katastrophenschutzzentrum erhalten aufgrund des Klimawandels immer mehr an Bedeutung. Die Gefahr von Waldbränden und Starkregenereignissen nehmen zu und wir müssen darauf vorbereitet sein! Eine sehr gute Sache auch in Bezug auf den CO² Ausstoß ist unser neues Radwegekonzept, wenn es denn mal umgesetzt ist. Wir hatten gehofft, wenigsten einen kleinen Betrag dafür im Haushalt einzusetzen zu können, um unseren guten Willen an der Umsetzung zu zeigen, aber bei diesen Haushaltszahlen geht es nicht! Hoffen wir, dass der kommende Kreistag mit Nachdruck daran geht.

Wir wünschen für unsere Schüler*innen und unseren Haushalt, dass das 49 € Ticket erhalten bleibt. Es entlastet unseren Haushalt und gibt den Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit, auch in den Ferien ihre Fahrkarte kostenfrei nutzen zu können!

Unser Handeln ist, wie schon gesagt, von Pflichtaufgaben geprägt! Aber auch Pflichtaufgaben müssen hinterfragt werden, so war es uns ein großes Anliegen zu hinterfragen, warum wir seit Jahren in unserem Landkreis die meisten Inobhutnahmen von Kindern und Jugendlichen in RLP haben. Das Gutachten, vor Jahren von uns beantragt, seit kurzen abgeschlossen, hat bis jetzt nicht den gewünschten Erfolg gezeigt! Aber wir geben nicht auf die Ursachen zu erforschen und werden für den kommenden Jugendhilfeausschuss dies wieder thematisieren. Inobhutnahme ist, unabhängig der enormen finanziellen Belastung unseres Haushaltes, das letzte Mittel, wenn den Kindern und Jugendlichen nicht anders mehr geholfen werden kann!

Wir werden dem Haushalt zustimmen und haben dies ja auch schon in den Ausschüssen zu den Teilhaushalten getan, bzw. ohne Beanstandung in den Kreistag verwiesen. Aber ein Wort zu den Ausschüssen! Nach den Wahlen werden sich nur noch schwerlich Menschen finden lassen, die in die Ausschüsse gewählt werden wollen. Wenige Ausschüsse wie der Jugendhilfeausschuss tagen 2 bis 3 mal im Jahr, die anderen Ausschüsse tagen noch spärlicher, meist nur einmal im Jahr, um ihren Teilhaushalt abzunicken. So hatte ich im Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr schon bemängelt, dass dort das Radwegekonzept nicht vorgestellt worden ist. Es wurden verschiedene Entschuldigungen vorgetragen, die ich hier nicht wiederholen will.

Unser Vorschlag: Handeln wir nach unserer Geschäftsordnung § 30 Absatz 2 und laden wir zu einem Punkt, der im Fachausschuss vorgestellt werden müsste, aber die Verwaltung dafür nicht extra eine Sitzung abgehalten will, zu einer gemeinsamen Sitzung mit dem Kreisausschuss ein und nach diesem einen Punkt wird die gemeinsame Sitzung

geschlossen und die Kreis-
ausschusssitzung kann in ge-
wohnter Form abgehalten
werden.

Mehr Bürgernähe, mehr die
Bürger mit einbeziehen, sie
für die Politik auch die Kom-
munalpolitik zu interessie-
ren, ist eine wichtige Aufgabe
für die Zukunft unserer Ge-
sellschaft. Es verwundert uns,
dass keine Bürger zu dem re-
gelmäßig angebotenen Ta-
gesordnungspunkt „Einwoh-
nerfragestunde“ kommen. Es
wird soviel von unzufriedenen
Bürger*innen, von Protest-
wähler usw. gesprochen. Hier
haben die Bürger*innen die
Möglichkeit, ihre Fragen zu
stellen, ihre Unzufriedenheit
auszudrücken oder auch nur
Erklärungen zu dem ein oder
anderen Beschluss zu erhal-
ten. Ich kann mich in den letz-
ten 20 Jahren nur an 2 Einwoh-
nerfragestunden erinnern, an
denen Bürger hier ihre Fragen
gestellt haben.

Wie können wir diese Einwoh-
nerfragestunde populärer ma-
chen, sie den Bürgerinnen und
Bürger näher bringen? Auf je-
den Fall sollten wir dringend in
den Kreisnachrichten auf die-
se Möglichkeit hinweisen und
erklären, welche Themen hier
von den Bürgerinnen und Bür-
ger hinterfragt werden dürfen.
Es ist gerade in diesen Zeiten
für uns Bürgerinnen und Bür-
ger erfreulich, dass die Müll-
gebühren nicht erhöht wer-
den und wahrscheinlich bis
2025 sogar abgesenkt wer-
den, wenn wir innerhalb der
ART die einheitlichen Müllge-
bühren bekommen werden.

Die wilden Hausmüllablage-
rungen an Parkplätzen, an öf-
fentlichen Müllbehälter sind
ein großes Ärgernis und kos-
ten uns auch eine Menge
Geld. Auch die ehrlichen Bür-
gerinnen und Bürger, die im-
mer brav ihren Müll in ihren
Müllbehälter entsorgen, är-
gert dies. Wie wir dem ent-
gegenwirken können, wissen
wir nicht, vielleicht versuchen
wir es mit einem öffentlichen
Aufruf, dass jede/jeder sei-
nen Müll doch bitte nicht auf
Kosten der Allgemeinheit ent-

sorgen soll! Einfach hinneh-
men sollten wir es nicht! Wir
verlassen uns darauf, dass die
Wertstoffhöfe in Wittlich und
Morbach jetzt mit Nachdruck
umgesetzt werden. Es ist an
der Zeit!

Ein Wort zur interkommun-
alen Zusammenarbeit, ich
nenne sie gerne die Verwal-
tungsreform „light“! Die in-
terkommunale Zusammenar-
beit führt die Landkreise Stück
für Stück näher zusammen.
Anders als eine große Ver-
waltungsreform, aber immer-
hin ein wichtiger Schritt in die
richtige Richtung. Ihre Vollen-
dung findet die interkommun-
ale Zusammenarbeit dann
irgendwann in vielen Jahren
darin, dass wir uns mit den
beteiligten Landkreisen, ei-
nen Kreistag und eine Landrät-
in/Landrat teilen. Dann ist sie
endlich vollbracht, die Verwal-
tungsreform!

Zu den Flüchtlingen möch-
te ich heute nicht viel sagen,
dazu sind 8 Min. Redezeit für
den gesamten Haushalt auch
zu kurz. Die Flüchtlinge sind für
uns so ziemlich kostenneutral,
wenn wir Herrn Simon richtig
verstanden haben. Eines steht
fest, solange es Kriege und po-
litisch verfolgte Menschen gibt
und solange es Dürrekatastro-
phen und Hungersnöte gibt –
wobei wir wieder bei der Kli-
maveränderung wären – wird
es Flüchtlinge geben, legal
oder illegal. Das ist menschlich
und in so einer Situation wür-
de jede/jeder von uns genau-
so handeln. Wir müssen uns
darauf einstellen und die Auf-
nahme von Flüchtlingen lang-
fristig anders organisieren.

„Krisenmodus“ ist das Wort
des Jahres 2023 danach folgen
„Antisemitismus“ und „lese-
unfähig“! Dies unterstreichen
wir und hätten die Wörter
auch so ausgesucht! Corona
Pandemie, die Kriege, die
Energiekrise ... die Krisen rei-
ßen nicht ab und das Sicher-
heitsgefühl, in dem wir so-
lange lebten, hat mehr wie
nur Risse bekommen. „Lese-
unfähig“! Wir bedauern, dass
Frank Klein seinen parteiüber-
greifenden Antrag sich dem

ESF Plus Programm des BMBF
(Bundesministerium für Bil-
dung und Forschung) anzu-
schließen und „Bildungskom-
mune“ zu werden, nicht weiter
verfolgt hat. Die neuesten Pisa
Studien zeigen wie schlimm es
um die Bildung unserer Kinder
bestellt ist. Auch ohne Förder-
programm sollten wir uns Ge-
danken darüber machen, wie
wir unsere Bildungslandschaft
ausbauen können. Vielleicht,
lieber Frank, greifen wir dies
gemeinsam wieder auf!

Aber wo wir richtig wachsam
sein müssen und was wir nicht
zulassen dürfen, ist der wach-
sende Antisemitismus in un-
serem Land! Es kann nicht sein,
dass gerade in Deutschland jü-
dische Mitbürger*innen ange-
feindet werden und sich nicht
mehr trauen ihre Religion
nach außen sichtbar zu zeigen!
Seien wir alle wachsam und
wehren wir den Anfängen!

Wir danken Ihnen Herr Land-
rat und den Menschen in der
Verwaltung für die gute Zu-
sammenarbeit! Ihnen allen
und allen Menschen in un-
serem Landkreis wünschen
wir ein besinnliches Weih-
nachtsfest und ein gesundes
und hoffentlich friedliches
Neues Jahr 2024!

FDP

Sehr geehrter Landrat Eibes,
sehr geehrte Herren Beige-
ordnete Licht, Zender und
Wies, sehr geehrte Damen
und Herren im Kreistag, sehr
verehrte Damen, sehr geehr-
te Herren,
die FDP ist die Kraft, die an Tu-
genden glaubt und festhält.
Wir stehen dafür, dass sich
Leistung lohnen muss. Wir
stehen dafür, dass nur das,
was erwirtschaftet wurde, so-
zial verträglich verteilt werden
kann. Wir stehen dafür, dass
nur das, was sinnvoll ist, auch
umgesetzt werden sollte. Wir
stehen dafür, dass der Land-
kreis Bernkastel-Wittlich ein
guter Landkreis ist, um hier zu
leben, zu arbeiten und Urlaub
zu machen. Wir stehen aber
auch dafür, dass wir unnöti-

ge, überflüssige oder über-
kommene Anforderungen in
Frage stellen. Wir haben eine
große Verantwortung! Wir
stehen vor großen Herausfor-
derungen. Wir sind an einem
wichtigen Scheidepunkt ange-
langt. Wie wollen wir diese ge-
meinsam meistern?

Europa. Deutschland. Rhein-
land-Pfalz. Bernkastel-Witt-
lich. Jede Stadt. Jede VG. Jede
Gemeinde steht vor enormen
Aufgaben: Unser gesellschaft-
licher und wirtschaftlicher
Wohlstand ist aufgrund eines
enormen Fachkräftemangels
in Gefahr. Wie wollen wir
dem begegnen? Unsere Ge-
meinschaft droht wegen einer
schärfer werden Diskussions-
kultur auseinander zu fallen.
Welchen Beitrag können wir
leisten, dass unsere Gesell-
schaft nicht weiter auseinan-
der driftet?

Trotz einer Pandemie; trotz
eines Überfall-Krieges durch
Putin-Russland auf die Uk-
raine; trotz einer Energie-
Wende; trotz eines Fach-
kräfte-Mangels; trotz eines
Demografischen Wandels. Un-
ser Landkreis behauptet sich
an der Spitze.

Einen großen Beitrag leisten
Sie! Sie und Ihre Nachbarn
und Alle, die jeden Tag da-
für sorgen, dass wir für ein
„Mehr“ sorgen. Mehr Maschi-
nen herstellen oder reparie-
ren. Mehr Produkte erzeugen
oder verkaufen. Mehr Kunden
begeistern. Mehr Wein erzeu-
gen oder verkaufen. Mehr Gä-
ste begrüßen und glücklich
machen. Oder unseren Kin-
dern ein gutes Vorbild sein.
Unseren Azubis eine gute Aus-
bildung geben. Wir Fremde
integrieren und zu Freunden
machen. Wir uns in Vereinen
engagieren. Wir dem anderen
helfen und wir ein „Wir“-Ge-
fühl erlebbar machen.

Vielen Dank für Ihr Engage-
ment. Vielen Dank für Ihre Tat-
kraft. Vielen Dank für Ihr Un-
ternehmertum. Vielen Dank
Ihnen als Bürger, als Freiwil-
lige, als Ehrenamtler. Kurzum
ein großes Lob an unsere ak-
tive Bürgergesellschaft. Weil
das unsere Stärke war, ist und

auch in Zukunft sein wird. Sie fragen sich, was hat dies alles mit unserer Haushaltsberatung zu tun? Sie können das in unserem Haushalt genau so herauslesen!

Wir haben eine niedrige Arbeitslosen-Quote. Wir haben die zeithöchste Industrie-Quote im Land. Wir haben eine hohe Vereins-Dichte. Wir haben eine hohe Zahl an Übernachtungen. Wir haben einen vorbildlichen Bildungs-Koeffizienten. Wir nehmen mehr Geflüchtete auf, als im Durchschnitt. Wir investieren mehr, als viele andere Landkreise in Mobilität und Zukunftsthemen. Uns ist die ärztliche Versorgung nicht egal. Wir haben einige Marktführer und „Hidden Champions“ in unserer Region.

Dies alles sorgt dafür, dass wir in der Betrachtung des ablaufenden Jahres 2023 einen positiveren Nachtragshaushalt haben werden. Für den vorliegenden Haushalt 2024 bedeutet es aber auch, dass wir mit einem Defizit von 9,67 Mio € planen. Dies kann mit der Überschrift versehen werden: „Wie gewonnen, so zerronnen“. (Dank an Hr. Simon für diese Anleihe).

Schuld daran sind in erster Linie stark gestiegene Aufwendungen im Vgl. zu 2023 satte 29 Mio €/+11 %, die durch die um 17 Mio €/+6,5 % gestiegenen Einnahmen völlig aufgezehrt werden.

Welche Umstände haben dazu geführt?

Negative Auswirkungen:

- die gesunkene Schlüsselzuweisung B durch einen kleineren Topf (Stichwort: weniger Einnahmen einerseits (Biontech-Effekt) und andererseits ein Mehr an bedürftigen Kommunen.
- RLP hat in 2023 1,5 Mio € mehr Mittel für die Unterbringung von Geflüchteten bereitgestellt als in 2024 zu erwarten sind.
- Im Investiven Bereich werden für Infrastruktur, Katastrophenschutz und den Neubau 2,3 Mio € mehr als in 2023 investiert

- Im Sozial-Etat, dem FB 12 (Jugend & Familie), FB 30 (Soziale Hilfen) & FB 31 (Hilfe zur Pflege & Eingliederung) sind Ausgaben in 2024 von 93,36 Mio €/+2,8 % veranschlagt. Bei den Hilfen zur Erziehung ist der Zuschussbedarf in 10 Jahren von 9,1 Mio € (2014) auf 15,65 Mio €/+70 % gestiegen. Und bei der Eingliederungshilfe hat sich der Zuschussbedarf in 10 Jahren auf 29,3 Mio€ gar verdoppelt (+. Hier dürfen Bund & Land gerne nachjustieren. Positive Punkte:

- Die VG'en & Gemeinden geben ca. 3 Mio € mehr Umlage in den Topf.

- Durch die Einführung des 49 € Tickets, „reißt“ die Schülerbeförderung ein geringeres Loch in die Kassen (-1,7 Mio € weniger Ausgaben). Allerdings hat sich der Zuschussbedarf im langj. Vergleich verfünffacht (2014: -1 Mio €; 2024: 5,2 Mio €)

Weiterhin stellen wir fest:

- Ursache für die positiven Einnahmen im Kreis war ein Anstieg der Steuerkraft (+8 Mio €/+5,2 %), was sich durch eine wachsende Wirtschaftsleistung und steigende Einkommen erklärt

- Dass uns unsere Infrastruktur nicht egal ist. In Straßen und in Breitbandausbau investieren wir 12,6 Mio €.

- Dass wir kräftig in unsere kreiseigenen Schulen investieren (5,2 Mio €) und auch zum Schulstandort in Thalfang stehen. Und bei geeigneten Rahmenbedingungen dieser auch in die Trägerschaft des Kreises gelangen kann; Wir investieren in Schulbudgets und Multimedia 1,3 Mio € um die Schulen zukunftsfitter zu machen

- Dass wir erhebliche Mittel in den Rettungsdienst, Brand- & Katastrophenschutz (3 Mio €) investieren um unsere Bürger im Bedarfsfall bestmöglich zu schützen. Ein nicht unerheblicher Teil der Investitionen fließt in das neue Zentrum in Trier.

- Wir 2,8 Mio € in die Tageseinrichtungen für Kinder und die Jugendarbeit geben.

- Wir fast 1 Mio € in Umweltschutz-Maßnahmen an unseren Flüssen stecken

In Summe nehmen wir in 2024 3,3 Mio € mehr in die Hand, als in diesem Jahr. Noch nie haben wir so viel in unseren Landkreis investiert. Wir wollen ihn in vielerlei Hinsicht zukunftssicherer machen. Per Saldo geben wir ca. 10 Mio € mehr aus, wie wir erstattet bekommen. Dies werden wir fremdfinanzieren müssen. Alles in allem wird unser Schuldenstand um 4,8 Mio € auf 83,5 Mio € anwachsen.

Unsere Wünsche für 2024

- Wir wünschen uns, dass wir alle Möglichkeiten ausschöpfen, um den Fachkräftemangel zu beheben. Deshalb stehen wir zum ÜAZ und hoffen, dass damit ein positiver Beitrag geleistet werden kann. Darüber hinaus begrüßen wir jede Initiative mit dem Ziel den Ausbildungs- und Bildungsstandard im Landkreis zu verbessern;

- Unsere Mosel-, Eifel- und Hunsrück- Region einen Mobilitätsschub erfährt und es egal ist, wo unsere Menschen leben, um umwelt- und kostenverträglich von A nach B zu kommen;

- Der Tourismus weiterentwickelt wird. Dass innovative Ideen, kundenfreundlicher Service und attraktive Angebote nicht durch Bürokratie oder Hemmnisse ausgebremst wird.

- Unsere Landwirtschaft und der Weinbau bei allen unserem politischen Mitbewerbern Unterstützung finden und nicht durch europapolitische oder bundespolitische Vorgaben Schaden nehmen. Unsere Wein- & Landwirtschaft macht schließlich den besonderen Charme unserer Region aus!

- Unsere Kommunen von Bürokratie entlastet werden, in dem die Digitalisierung einen großen Schritt nach vorne macht und weite Wege, langwierige Prozesse und endlose Genehmigungsverfahren abgekürzt werden. Zum Wohle einer bürgernahen, aber auch effizienteren Verwaltung.

- Es uns gelingt, die ärztliche Versorgung auf dem Land zu sichern, aber auch die ländlichen Regionen mit wohnortnahen Angeboten lebenswert und zukunftstauglich zu halten oder zu machen.

- Wir in 2024 einen fairen Wettstreit der besten politischen Konzepte in der Kommunalwahl haben werden.

Die FDP Fraktion wird diesem Haushalts-Entwurf zustimmen. Wir danken Herrn Landrat Eibes, der gesamten Verwaltung und den Bediensteten, sowie diesem Gremium für die geleistete Arbeit, das kollegiale Miteinander und hoffen auf einen weiterhin kooperativen Weg. Wir Freie Demokraten stehen dafür zur Verfügung.

2024 wird neue Herausforderungen bereithalten. Wir werden dies meistern. Hierfür wünschen wir Ihnen, unseren Bürgern & unseren Ehrenamtlichen alles erdenklich Gute, Schaffenskraft und Fortune. Frohe Weihnachten und einen guten Rutsch.

FWG

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

konnten wir in den letzten Jahren immer wieder positive Haushaltszahlen präsentieren, so ist wohl jetzt die Zeitenwende eingeläutet. Im laufenden Jahr rechnen wir noch mit einem Überschuss i. H. v. rd. 2,4 Mio €, im kommenden Jahr ist ein Defizit i. H. v. rd. 9,6 Mio € zu erwarten. Damit reihen wir uns in die Liste der defizitären Kreise im Land Rheinland-Pfalz ein, wobei wir mit den 9,6 Mio € Defizit im Vergleich zu anderen Kreisen noch rel. gut dastehen.

Das Tragische ist allerdings: Es ist keine Besserung der Zahlen in Sicht, sondern ganz im Gegenteil, die Vorausschau für die kommenden Jahre sieht mehr als düster aus. Obwohl auf der Ertragsseite enorme Ertragssteigerungen seit Jahren zu verzeichnen sind, galoppieren uns die Aufwen-

dungen davon. Insgesamt hat sich unser Haushaltsvolumen in den letzten 10 Jahren nahezu verdoppelt. Gott sei Dank haben wir in der Niedrigzinsphase notwendige Investitionen getätigt und teilweise auch vorgezogen. So ist die Zins- und Tilgungslast derzeit überschaubar.

Obwohl wir die Kreisumlage nicht erhöhen wollen, kommt es zu Mehreinnahmen i. H. v. rd. 3 Mio € in 2024 gegenüber 2023. Positiv ist auch die bessere Finanzausstattung für die Bewältigung der Flüchtlingskrise zu bewerten, wenngleich sich das Land auch hier als zögerlicher Zahler zeigt.

Wie kommen dann die veranschlagten 9 Mio € Haushaltsdefizit zustande? Im Wesentlichen ist es seit Jahren der explodierende Sozialsektor unseres Haushaltes. Mit einem Gesamtvolumen von über 50 Mio € ist der FB 12 der mit Abstand größte Haushaltsposten in unserem HH. Beispielfhaft sind hier die sog. Hilfen zur Erziehung zu nennen, die sich in den letzten 10 Jahren von 12 Mio € auf derzeit über 20 Mio € nahezu verdoppelt haben.

Wie kommen wir aus dieser Abwärtsspirale heraus? Eine Möglichkeit wäre, die Einnahmesituation den Ausgaben anzupassen. Das würde bedeuten, dass wir die Kreisumlage allein in 2024 schon um rd. 5 % erhöhen müssten. Das wäre aber ein Griff in die ebenso klammen Kassen der Ortsgemeinden. Das kommt für uns Freie Wähler nicht in Frage. Also müssen wir an die Ausgabeseite heran.

Investitionen herunterfahren?

- Verzicht auf die Unterhaltung von Kreisstraßen?
- Verzicht auf das geplante Katastrophenschutzzentrum?
- Verzicht auf die Schulsanierungen?
- Verzicht auf den Ausbau der Kitas?

Das wollen wir wohl alle nicht. Also, wo liegt der Schlüssel?

1. Bürokratieabbau

Endlich von Lippenbekenntnissen zu tatsächlichen Maß-

nahmen. Es hilft dabei nicht, an vorhandenen Strukturen herumzudoktern, sondern wir müssen die Verwaltungsvorschriften und lahmen Vorgänge auf 0 setzen und schauen, was wirklich notwendig ist.

In Deutschland dauert es Jahre, teilweise Jahrzehnte bis für Investitionsprojekte eine Genehmigung erteilt werden kann. Im Rahmen der Beteiligung der Träger Öffentlicher Belange müssen selbst bei kleinen Maßnahmen im Kreis über 50 Behörden beteiligt werden. Bis dann auch noch die letzte Nachkommastelle geprüft, begutachtet und abgewogen ist, verschlingt dieser Prozess Millionen. Schauen wir nur einmal, was allein durch die Zinsentwicklung seit Beginn des Ukrainekrieges passiert ist. Lahme Genehmigungsverfahren haben Investitionen blockiert und so stark verteuert, dass viele Maßnahmen überhaupt nicht mehr finanzierbar und auf Eis gelegt wurden.

Es muss doch möglich sein, ein geplantes Baugebiet mit 20 Baustellen in einer Gemeinde von der Planung innerhalb eines Jahres zur Genehmigung zu bringen. Das stellt aber die absolute Ausnahme dar.

Ein weiteres Beispiel: Kürzlich habe ich einen Antrag zur Anlage eines kleinen Holzlagerplatzes zur Zwischenlagerung von käferbefallenen Schadhölzern für mein Forstrevier gestellt. Bei einem Ortstermin wurde mir dann eine Liste von erforderlichen Plänen, Gutachten und Stellungnahmen übergeben, die wir zunächst beibringen müssen. Ich hätte erwartet, dass man bei einem Ortstermin, an dem alle maßgeblichen Fachleute anwesend waren, vor Ort eine Entscheidung hätte treffen können. Allerdings – weit gefehlt. Was im Kleinen schon nicht möglich ist, verursacht im Großen deutschlandweit Milliarden an Aufwand, der eingespart werden könnte.

2. Abbau von Standards

In den letzten Jahrzehnten wurden Standards immer wei-

ter nach oben geschraubt. Es wurde selten danach gefragt, ob das unbedingt erforderlich ist, sondern nur, ob es wünschenswert ist.

Ein gutes Beispiel ist der kostenfreie Kitaplatz in Rheinland-Pfalz. Aber kostenfrei ist er ja in Wirklichkeit nicht, ganz im Gegenteil. Es geht letztlich nur darum, wer die Kosten trägt. Es war eine politische Entscheidung, die in der Konsequenz die öffentlichen Haushalte zugunsten der privaten Haushalte belastet.

Es war eine politische Entscheidung der Landesregierung über die Köpfe der Gemeinden hinweg. Die Kosten tragen im Wesentlichen die Kommunen. Darüber hinaus wurden die baulichen Standards in den Kitas in den letzten Jahren derart in die Höhe getrieben, dass das kaum noch zu bezahlen ist. Unter 1 Mio € ist noch nicht einmal mehr ein kleiner Anbau an einer Kita möglich.

Jede Kita und jede Schule sollte mindestens 1 Sozialarbeiter beschäftigen. Sicher wünschenswert - aber auch finanzierbar? Jedes Kind sollte im Bus einen Sitzplatz mit Sicherheitsgurt haben. Sicher wünschenswert - aber auch finanzierbar?

Jeder Ort im Kreis sollte mit dem ÖPNV mindestens stündlich angefahren werden. Sicher wünschenswert - aber auch finanzierbar?

Das sind nur ein paar Beispiele im Kleinen. In der Summe reden wir im Kreis Bernkastel – Wittlich über Millionenbeträge.

Die Verlagerung der Finanzierung von Kosten vom Entstehungsort / Verursacher auf Andere als die Verursacher hat zu einem Anspruchsdenken geführt, was uns in die gegenwärtige Lage manövriert hat. Natürlich müssen gewisse Aufgaben von der Allgemeinheit getragen werden. So würde sich z. B. kein ÖPNV und auch kein Schwimmbad bei uns tragen, müssten es die Nutzer voll bezahlen. Wir müssen uns aber die Frage

nach dem gesunden Mittelweg stellen. Sonst dürfen wir uns über die sich beschleunigende Abwärtsspirale bei den öffentlichen Haushalten nicht wundern.

Wir sollten das Konnexitätsprinzip nicht nur von Land und Bund erwarten, sondern auch bei unserem eigenen Handeln berücksichtigen. Nur so können wir unsere öffentlichen Haushalte konsolidieren. Und natürlich ist auch die Finanzausstattung der Kommunen durch Bund und Land selbst für die Erfüllung der Pflichtaufgaben nach wie vor nicht ausreichend. So summiert sich in nahezu allen öffentlichen Haushalten ein zunehmend größeres Defizit, was unseren Handlungsspielraum in Zukunft gegen 0 fahren wird.

Zum Schluss möchte ich abseits des Zahlenwerkes noch auf eine Entwicklung hinweisen, die uns in den kommenden Jahren noch sehr beschäftigen wird. – Die Klimaentwicklung –

Ich sehe täglich enorme Schäden in unseren Wäldern, in einem Ausmaß, welches ich in über 30 Jahren meiner Dienstzeit in der Form noch nicht gesehen habe. Selbst über 200 Jahre alte Eichenbestände sterben flächig ab. Keine Baumart ist mehr ohne Schäden. Der Wald ist dabei nur ein Barometer der allgemeinen Entwicklung. Wetterextreme werden uns zunehmend beschäftigen.

So möchte ich an dieser Stelle auch wiederholt auf die Situation an unseren Flüssen hinweisen. Dort geschieht immer noch viel zu wenig, um drohende Schäden von unseren Dörfern abzuwenden. Wir sind bereit, Millionen in den Aufbau eines Katastrophenschutzzentrums und in die technische Infrastruktur bei Feuerwehren und Katastrophenschutz zu investieren. Mindestens genauso wichtig wäre aber auch die Umsetzung laufender, präventiver Maßnahmen in unserer Landschaft und unseren Dörfern. Hier geschieht u. E. zu wenig.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, am Jahresende ist es nicht nur üblich, sondern uns auch ein besonderes Anliegen, allen zu danken, die dazu beitragen, unser Gemeinwesen am Laufen zu halten.

Dies sind die Hilfsorganisationen, die Blaulichtfamilie, die Vereine, aber auch viele ehrenamtlich Engagierte in unseren Dörfern und Städten. Ohne sie wäre der Kreis Bernkastel-Wittlich noch um ein gutes Stück ärmer. Ein Dank gilt auch den engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung und unserem Landrat Gregor Eibes an der Spitze. Ihnen Allen wünsche ich ein frohes Weihnachtsfest und alles Gute im neuen Jahr. Die FWG – Fraktion wird dem vorgelegten Haushalt zustimmen.

AFD

Sehr geehrter Herr Landrat Eibes, werte Beigeordnete, Kreistagskollegen, Mitarbeiter der Verwaltung, sehr geehrte Damen und Herren, uns wurde heute der Haushaltsentwurf für das Jahr 2024 vorgestellt. Konnten wir in den Vorjahren mit der finanziellen Situation unseres Landkreises - auch im Vergleich mit anderen Kreisen - recht zufrieden sein, so sieht es damit für 2024 schon anders aus.

Statt mit einem Überschuss ist nun im Ergebnishaushalt mit einem Defizit von 4,674 Mio. Euro zu rechnen. Auf der Einnahmenseite haben wir eine Verschlechterung von 7 Mio. Euro bei den Schlüsselzuweisungen B, während eine Verbesserung von gut 3 Mio. Euro bei der Kreisumlage festzustellen ist, trotz eines gleichbleibenden Hebesatzes von 44,2 %.

An Kreditaufnahmen werden gut 4,8 Mio. Euro notwendig sein. Bei den investiven Maßnahmen, diese wurden nach Korrektur nun insgesamt auf 24,7 Mio. Euro beziffert, schlagen Aufwendungen für notwendige Sanierungen unserer

Schulen und Kreisstraßen zu Buche, ebenso Kosten für den Zivil- und Katastrophenschutz und den Breitbandausbau. Auch der Erweiterungsbau des Kreishauses wird uns für die nächsten Jahre finanziell belasten.

Ich möchte Sie nicht mit der Wiederholung des bereits von meinen Vorrednern Gesagten langweilen, sondern will die Zeit nutzen, um grundsätzliche Probleme anzusprechen, die auf unser Handeln und damit auf unsere Finanzplanung Einfluss nehmen. Sind unsere fetten Jahre endgültig vorbei, wie wir immer wieder hören können? Von den kommunalen Spitzenverbänden wird eine allgemeine finanzielle Schiefelage der Kommunen diagnostiziert. Verantwortlich seien dafür Inflation, Kosten für Flüchtlinge und Tariferhöhungen. Hinzu kommt, eine seit Jahren unzureichende Finanzausstattung unserer rheinland-pfälzischen Kommunen durch das Land.

Auch unserem Landkreis macht die Flüchtlingsproblematik sehr zu schaffen. Die Aufnahmekapazitäten unserer Kommunen sind längst erschöpft. Um die Unterbringung der Asylanten sicherzustellen und deren Weiterverteilung an die Kommunen abzupuffern, wurde vom Kreis das Familienhotel in Horath angemietet. Eine Maßnahme, die hohe Kosten verursacht, aber auch schon nicht mehr als ausreichend angesehen werden kann.

Seitens der kommunalen Spitzenverbände wurde die Vollkostenerstattung für die Aufnahme, Unterbringung und Integration von Kriegsflüchtlingen und Asylzuwanderern gefordert. Wollte man in Rheinland-Pfalz dieser Forderung zunächst nicht folgen, so hat die Landesregierung nun doch noch eingelenkt und will die Flüchtlingspauschale des Bundes in voller Höhe an die Kommunen weiterleiten.

Die AfD sieht eine wirkliche Verbesserung der Flüchtlingssituation allerdings erst dann,

wenn einerseits die sogenannten Pull-Faktoren, also die Anreize zur Einwanderung und andererseits auch die Hemmnisse bei Rückführungen Ausreisepflichtiger fallen.

Nachdem die Corona-Krise sich fast lautlos verabschiedete, wird unsere Gesellschaft von Politik und Medien auf eine neue Krise – die Klima-Krise - eingeschworen. Das Thema „Klimaschutz“ sehen wir in unserem Kreisentwicklungskonzept sehr dominant behandelt. Im Juli wurde dieses Konzept ohne die Stimmen der AfD beschlossen, weil es uns zu sehr auf einen von der derzeitigen Energiepolitik geprägten Teilbereich fokussiert erschien, ohne insgesamt dem Umwelt- und Naturschutz gerecht zu werden. Ende Oktober folgte dann die Verabschiedung eines Klimaschutzkonzeptes, ebenfalls ohne die Stimmen unserer Fraktion.

Allein die Tatsache, dass dieses Konzept den Kreistagsmitgliedern erst viel zu spät zugegangen war und eine eingehende Befassung mit dessen Inhalt vor der Sitzung unmöglich machte, rechtfertigte schon unser damaliges Nein.

Als ein Ziel ist in diesem Klimaschutzkonzept die Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs im Landkreis benannt. Hierin sehen wir einen Eingriff in die persönliche Entscheidungsfreiheit von uns Bürgern.

Ein weiterer Baustein dieses Konzepts zum Klimaschutz ist das ebenfalls verabschiedete Radverkehrskonzept unseres Kreises. Die bisher meist touristisch genutzten Radwege sollen damit für den Alltagsradverkehr tauglich gemacht werden. Einerseits schön, ein solches Konzept jetzt in der Schublade zu haben, ist es andererseits bei klammen Kassen der Kommunen sehr fraglich, inwieweit den Empfehlungen des Maßnahmenkatalogs überhaupt gefolgt werden kann. Die Gesamtinvestitionen für die Umsetzung aller Maßnahmen würden sich

für die kommenden 10 bis 15 Jahre auf über 76 Millionen Euro belaufen. Auch das Anschlussvorhaben zum Klimaschutzmanagement ist für unsere AfD-Fraktion nicht Zustimmungswürdig gewesen. Wir sehen hier Gelder allein für zusätzliche Organisationsstrukturen, für einen aufgeblähten Verwaltungsapparat mit Klimaschutzmanagement und -Controlling verplant.

Für dieses Vorhaben wird unser Landkreis je nach Höhe des Fördersatzes noch 200.000 bzw. 300.000 Euro an Eigenmitteln in den nächsten 3 Jahren aufbringen müssen.

Durch das verfassungswidrige Umwidmen von Corona-Mitteln in Klimafonds hat sich im Bundeshaushalt zudem ein 60-Milliarden-Loch aufgetan. Wir rechnen damit, dass dadurch auch Klimaschutz-Fördergelder für die Kommunen dahinschmelzen werden.

Zum Thema Kommunal- und Verwaltungsreform wurde bezüglich einer seit Jahren angedachten Fusion unseres Landkreises mit dem Landkreis Cochem-Zell mittlerweile eine alternative Lösung gefunden. Gemeinsam mit unseren Nachbarkreisen Cochem-Zell und Vulkaneifel und neuerdings auch Bitburg-Prüm praktizieren wir das vom Land Rheinland-Pfalz geförderte Konzept „Interkommunale Zusammenarbeit“ als eine Alternative zu einer Gebietsreform. Langwierige Fusionsgespräche um die hochverschuldete Verbandsgemeinde Thalfang am Erbeskopf blieben dagegen ohne Erfolg. Eine akzeptable Lösung für die möglichen Partner Hermeskeil, Morbach oder Schweich konnte auch mithilfe einer zu gering angedachten Finanzspritze der Landesregierung nicht gefunden werden. Ein Thema, welches unseren Landkreis auch künftig finanziell extrem fordern wird, ist der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV). Das Angebot in den VRT-Netzen Hunsrück und Wittlicher Land wird ab Mitte 2024 erweitert werden. Unter Einbeziehung von

RufBussen werden dann fast alle Ortsgemeinden einen Anschluss an den ÖPNV haben und das mindestens in einem Zwei-Stunden-Takt. Ein noch weitergehendes Angebot wie in Großstädten wäre für unsere ländliche Region allerdings illusorisch und auch nicht finanzierbar.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir gehen keinen rosigen Zeiten entgegen, was an der Unzufriedenheit und Politikverdrossenheit in unserer Gesellschaft und jetzt leider auch an den Zahlen unseres Haushalts erkennbar ist.

Wenn wir als AfD-Fraktion diesem defizitären Haushalt für 2024 nicht zustimmen werden, dann möchten wir das in erster Linie als ein Signal an Bund und Land verstanden wissen, eine Politik zu betreiben, die weniger ideologisch geprägt ist, sich dafür aber an der Realität, dem Machbaren

orientiert und die für eine ausreichende Finanzausstattung unserer Kommunen Sorge trägt.

Das Beispiel der pfälzischen Gemeinde Freisbach, wo Gemeinderat und Bürgermeister wegen finanzieller Handlungsunfähigkeit der Gemeinde im August geschlossen zurücktraten, sollte uns Abschreckung genug gewesen sein.

Allen Akteuren aus Politik, Verwaltung und Ehrenamt, die sich bisher für das Wohl unseres Landkreises einsetzen und es auch künftig tun wollen, sei hier gedankt.

Mein Wunsch für uns alle: Gut und gesund über die Feiertage ins neue Jahr kommen!

Die Linke / ÖDP

Der Redebeitrag der Fraktion lag zum Redaktionsschluss leider nicht vor.



Lebenslauf
/ Persönliche D

Stellenausschreibung

Die Kreisverwaltung Bernkastel-Wittlich als kundenorientiert, innovativ und wirtschaftlich handelndes Dienstleistungsunternehmen bietet folgende Stellen an:

Amtlicher Tierarzt (m/w/d)
in der Fleischhygieneüberwachung
in Form einer nebenberuflichen Teilzeitbeschäftigung
nach TV-Fleischuntersuchung

 Die vollständigen Stellenausschreibungen finden Sie unter www.stellen.bernkastel-wittlich.de. Bitte nutzen Sie für Ihre Bewerbung ausschließlich das Bewerberportal.

Kreishaushalte 2024: Düstere Perspektiven für die Mehrheit der Landkreise in Rheinland-Pfalz

Auch auf der rheinland-pfälzischen Landrätekonferenz waren die Kreishaushalte 2024 Gegenstand der Beratungen. Auf die Beschlussgremien der Kreise, so die Feststellung, laufen ganz überwiegend Haushalte mit Defiziten in bisher nicht gekannter Höhe zu. Hoffnung auf eine Verbesserung in kommenden Jahren steht einstweilen nicht in Aussicht.

Nach bislang aus 23 der 24 Landkreise bekannten Zahlen stürzt der aufaddierte Ergebnishaushalt trotz der Sondermittel von Bund und Land zur Finanzierung der Zuwanderung gegenüber dem Vorjahr um mehr als 250 Mio. € regelrecht ab. Die Gesamtheit der Kreise liegt nach dem bisherigen Beratungsstand in 2024 mindestens mit dem gleichen Betrag im Defizit. Ähnlich dramatisch stellen sich die Zahlen im Finanzhaushalt dar.

Die Ursachen können klar benannt werden, insbesondere

tragen dazu bei:

- Die Finanzierung der Kindertagesstätten, einem Bereich, in dem das Land einerseits hohe Standards definiert und mit diesen wirbt, andererseits seinen Finanzierungsanteil an den Personalkosten auf feste Prozentwerte eingefroren hat.
- Allgemein steigen die strukturellen Belastungen aus der Sozial- und Jugendhilfe weiter an.
- Hinzu treten die Mehrkosten aus dem Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst.
- In erheblichem Maß tragen auch die Kosten der Mobilität (Schülerbeförderung zzgl. ÖPNV) zu dem Absturz der Kreisfinanzen bei. Seit 2017 haben sich nach Berechnungen des Landkreistages die Kosten der Kreise in diesem Bereich unter dem Strich auf weit über 200 Mio. €

mehr als verfünfacht.

- Die den Landkreisen gewährten Schlüsselzuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich sinken in 2024 gegenüber dem Vorjahr voraussichtlich um rd. 50 Mio. € ab. Zusätzlich werden die Kreishaushalte langfristig durch Zuwanderung und Integration dauerhaft belastet. Der Landkreistag erinnert an dieser Stelle an die kommunale Forderung nach einer Vollkostenerstattung. Damit sei, so das Fazit der Beratungen, die Finanzlage der Kreise insgesamt als im Augenblick perspektivlos zu bezeichnen, auch wenn vielerorts Erhöhungen der Kreisumlage notwendiger Weise vorgesehen sind.

Die Folge ist: Die Kreise nehmen voraussichtlich neue Kassenkredite in Höhe von mindestens 200 Mio. € auf - obwohl eigentlich über die Partnerschaft zur Ent-

schuldung der Kommunen in Rheinland-Pfalz (PEK-RP) der Kassenkreditbestand ab kommenden Jahr durch Schuldübernahmen des Landes um rd. 500 Mio. € absinken sollte. Der gewünschte Effekt des PEK-RP ist damit gleich zu Beginn des Entschuldungsprogramms mehr als gefährdet. Das Land muss vor diesem Hintergrund, so die Forderungen des Landkreistages, seine Leistungen an die Kreise, Städte und Gemeinden aufstocken, noch mehr aber vorgegebene Standards hinterfragen sowie neue Aufgaben auf die kommunale Ebene nur noch unter strikter Beachtung des Konnexitätsprinzips übertragen. Zudem dürfe sich in keinem Fall wiederholen, dass die Kreishaushalte wie in 2023 wieder nur verzögert genehmigt werden. Die Landkreise tragen keine Verantwortung für die sie finanziell belastenden Rahmenbedingungen.

Netzwerkkonferenz erörtert Schutzfaktoren für Kinder und Jugendliche

Besonders Kinder und Jugendliche sehnen sich in krisenreichen Zeiten nach Halt und Unterstützung. Mehr als 110 Fachkräfte im Netzwerk Kinderschutz erörterten zum Jahresende 2023 Schutzfaktoren und stärkende Elemente im präventiven Kinderschutz.

Landrat Gregor Eibes begrüßte die Teilnehmenden und dankte für das Engagement im Netzwerk Kinderschutz. Nicht nur die Auswirkungen der Corona-Pandemie haben Kinder und Jugendliche besonders belastet. Es erscheint vielen fast so, als wenn eine Krise der nächsten Krise folgt. Die Spuren werden im psychosozialen Bereich bei jungen Menschen immer sichtbarer. Hier sucht das Netzwerk Kinderschutz nach Lösungen. Die Fachkräfte wollen gerade in diesen he-



Diplom-Pädagogin Monika Lutz lieferte Hintergrundinformationen zur Krisenbewältigung sowie Traumapädagogik und Resilienz-Forschung.

erausforderungsvollen Zeiten Eltern und Familien in Ihrem Erziehungsauftrag unterstützen.

„Die größte Verantwortung,

die wir tragen, ist die Verantwortung für unsere Kinder und Jugendlichen. Und deshalb genießt Kinder- und Jugendschutz in unserem Landkreis besonders hohe Priorität“, sagte Landrat Gregor Eibes in seinem Grußwort.

Mit zwei neuen Angeboten für Kinder, deren Eltern besonders stark belastet sind, will das Netzwerk Kinderschutz unterstützen. Das Gruppenangebot Opal bietet der Kinderschutzbund Bernkastel-Wittlich an. Es richtet sich an Kinder von 6 bis 10 Jahren. Das Angebot soll Kindern aus Familien mit einem psychisch erkrankten Elternteil einen geschützten Rahmen bieten, indem sie altersgerechte Antworten auf ihre Fragen erhalten. Interessierte erhalten über Annette Neeb vom Kin-

derschutzbund unter 06571 2110 weitere Informationen. Das Projekt „AKUT“ will Familien mit Kindern bis zum 3. Lebensjahr in besonders belastenden Lebenslagen stabilisieren und ist über die Koordination der Frühen Hilfen, Sabrina Kirst, 0162 7511514 erreichbar sowie über die Lebensberatung Wittlich, 06571 4061.

Diplom-Pädagogin Monika Lutz lieferte den Teilnehmenden Hintergrundinformationen zur Krisenbewältigung sowie aus den Themenfeldern Traumapädagogik und Resilienz-Forschung. Es braucht mehr Bewusstsein für die seelische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen. Wichtig ist auch, junge Menschen stets in die sie betreffende Belange einzubeziehen.

Umstrukturierungsanträge für Rebpfanzungen im Jahr 2024

Ab sofort können Anträge für die Teilnahme am EU-Umstrukturierungsprogramm für Rebpfanzungen im Jahr 2024 gestellt werden. Die Antragsfrist endet am 31. Januar 2024. Für Flächen in Flurbereinigungsverfahren gilt im Jahr der Besitzeinweisung eine gesonderte Antragsfrist. Sie endet in diesem Jahr am 30. April 2024. Die Antragsfrist gilt für den Teil 2 des Antragsverfahrens. Hier können alle Flächen beantragt werden, die 2024 gepflanzt werden sollen. Folgende Maßnahmen können beantragt werden:

- Anpassung der Zeilenbreite (nur Ahr, Mittelrhein,

Mosel und Nahe): Block 10 (Maßnahmen 11 – 16)

- Pflanzung von Halb- und Hochstammreben: Block 20 (Maßnahmen 21 – 26)
- Rebsortenwechsel: Block 30 (Maßnahmen 31 – 56)
- Bodenordnung: Block 40 (Maßnahmen 41 – 46)
- Handarbeitsmauersteillagen: Maßnahme 51
- Querterrassierung: Maßnahme 53

Die Fördersätze mit den neuen Maßnahmen in 2024 lauten:

- Maßnahmen 11, 21, 31 und 41: 7.500 €/ha (Flachlagen)
- Maßnahmen 16, 26, 36

und 46: 10.000 €/ha (Flachlagen)

- Maßnahmen 12, 22, 32 und 42: 19.000 €/ha (Steillagen)
- Maßnahmen 14, 24, 34 und 44: 21.000 €/ha (Steilst- und Terrassenlagen)
- Maßnahmen 13, 23, 33 und 43: 7.500 €/ha (Extensive Anlagen)
- Maßnahmen 15, 25, 35 und 45: 6.000 €/ha (Nutzung gebrauchtes Material)
- Maßnahme 51: 32.000 €/ha (Handarbeitsmauersteillagen)
- Maßnahme 53: 24.000 €/ha (Neuanlage von Querterrassen)

Voraussetzung für eine Förderung ist, dass die jetzt beantragten Flächen bereits in Teil 1 des Antragsverfahrens gemeldet worden sind und einen positiven Rodungsbescheid erhalten haben. Ein „Nachmelden“ ist nicht möglich. Die Pflanzung kann in diesem

Programm mit allen in der Liste der BLE enthaltenen Rebsorten erfolgen.

Anträge können über das Weininformationsportal (WIP) der Landwirtschaftskammer elektronisch gestellt werden. Die Antragstellung über das Weininformationsportal erleichtert dem Antragsteller durch Fehlerhinweise das Ausfüllen des Antrages. Der unterschriebene Antrag muss bei der Kreisverwaltung bis zum 31. Januar 2024 eingereicht werden.

Für Antragsteller, die diese Möglichkeit nicht nutzen wollen, stehen unter <https://mwvlw.rlp.de/de/themen/weinbau/foerderung/umstrukturierung/> die Richtlinie und die Antragsformulare zum Download bereit. Ansprechpartner bei der Kreisverwaltung sind Sebastian Wagner, 06571 142417, sebastian.wagner@bernkastel-wittlich.de und Sonja Schneider, 06571 2168, sonja.schneider@bernkastel-wittlich.de.

Verantwortlich für den Inhalt der Kreisnachrichten:

Kreisverwaltung Bernkastel-Wittlich

Postfach 1420, 54504 Wittlich

Ansprechpartner:

Mike-D. Winter, Tel.: 06571 14-2205

E-Mail: Kreisnachrichten@Bernkastel-Wittlich.de

Rotary Club fördert Musikschul-Projekt „Klassensingen“ an der Grundschule Hupperath

Im vergangenen Jahr hat der Rotary Club Mittelmosel mit seinem Präsidenten Joachim Rodenkirch viele Projekte fördern können. Neben der internationalen Initiative „End Plastic Soup“, bei der es um das Beenden der Verschmutzung der Weltmeere geht, fördert der Verein auch Projekte vor Ort. Dazu zählt das Projekt Klassensingen der Musikschule des Landkreises. Mit diesem Projekt wird aktives Musizieren von Kindern in der Grundschule gefördert. Musikmachen bereitet Spaß und stärkt gleichzeitig den sozialen Frieden. Genau hier möchte sich der Rotary Club einbringen. „Die Spende soll in der Region bleiben und Kindern in der Ausbildung zugutekommen“, so Präsident Rodenkirch.

Wie Frank Wilhelmi, Leiter der Musikschule des Landkreises Bernkastel-Wittlich, bestätigte, belegen zahlreiche Studien, dass eine musikalische Förderung im Kindesalter nicht nur musikalische und kulturelle Kompetenz vermittelt, sondern gleichzeitig Konzentration, Leistungsbereitschaft, Gemeinschaftssinn, Kommunikationsfähigkeit, Rücksichtnahme, Toleranz, Kritikfähigkeit und auch die Begeisterung

der Kinder steigern. Musizieren sei auch eine besondere Herausforderung für die kognitiven Fähigkeiten. Auch die Sängerin und Gesangspädagogin der Musikschule Ingrid Wagner freut sich über die Unterstützung der Rotarier: „Hier wird ein Angebot geschaffen, dass allen Kinder der Grundschule Hupperath zugutekommt. Selbst die Kleinsten haben Spaß an Bewegung und Gesang und gehen aus sich heraus.“

Ingrid Wagner hat gemeinsam mit der Leiterin der Grundschule Hupperath, Alexa Spielmann-Sips ein Konzept erarbeitet, das in zwei Stunden

pro Woche das kindgerechte, aktive Singen der Kinder fördert. Das pädagogische Konzept beinhaltet das Entdecken der eigenen Stimme, kindgerechtes Singen anhand pädagogischer Literatur, das Einsingen und Stimmbildung (Atmung/Zwerchfell/Vokale), aber auch Solmisation (unter Verwendung zum Singen geeigneter Silben entwickeltes Ton-System). Die Kinder erlernen das Singen von Kanons und Quodlibets, Sprechverse, Sprechkanons, rhythmische Elemente aber auch elementare Musiklehre. Singen ist darüber hinaus Sprachförderung, denn es werden auch Lieder in

verschiedenen Sprachen gesungen.

Bei einem kleinen Weihnachtskonzert, das Schulleiterin Alexa Spielmann-Sips auf Initiative von Ingrid Wagner, für die Scheckübergabe initiiert hatte, konnten die Schülerinnen und Schüler den Vertretern von Rotary und dem Vorsitzenden des Kreis-Chorverbands Markus Heintel zeigen, was sie in der vergangenen Zeit eingeübt hatten: Ein Ohrenschaus für alle Beteiligten. Mit den gespendeten 5.000 € können die Kinder ein weiteres Jahr von Gesangspädagogin Ingrid Wagner musikalisch gefördert werden.



Begeisterte Nachwuchssängerinnen und -sänger, dazwischen Ingrid Wagner, Frank Wilhelmi, Joachim Rodenkirch, Kristina Brixius, Markus Heintel und Alexa Spielmann-Sips. Foto: GS Hupperath

LAG Vulkaneifel: Projekt des Monats Dezember 2023

Die Eifel ist eine der bedeutendsten Tourismusregionen des Landes und besticht vor allem durch ihre einmalige Landschaft. Die naturräumliche Ausstattung der Umgebung ist besonders und nicht nur für Naturwissenschaftler äußerst spannend, weshalb die Eifel immer mehr Touristen anlockt.

Dieses Potential hat auch die Ortsgemeinde Nohn erkannt und möchte durch ein erweitertes Angebot mehr Interessierte in das Gerolsteiner Land ziehen. Dazu wurden zwei neue Themenwander-

wege in Kooperation mit der Touristik GmbH Gerolsteiner Land entwickelt. Die „Nohner Vier Elementepfade“ verbinden das reine Wandern mit einem regionalbezogenen Storytelling. Thema sind dabei die Entwicklungseinflüsse der vier Elemente Feuer, Erde, Wasser und Luft, welche den landschaftlichen und kulturhistorischen Charakter der Eifel geprägt haben. Ein Weg erstreckt sich über 11,5 km im Norden der Gemeinde und trägt den Titel „Wasser, Weiten, Weihrauch“, der zweite mit dem Titel „Rund um den

Mordhügel“ verläuft im Süden von Nohn über 13 km. Start- und Zielpunkt beider Wanderungen ist die Kirche St. Martinus, wo eine Hinweistafel alle nötigen Informationen über die Wege und das Storytelling liefert. Auf den Strecken finden sich dann weitere Tafeln, welche exemplarisch ein Element in Bezug auf Landschaftsentstehung und Kulturhistorie behandeln und in einer informativen Story den Betrachtenden näherbringen. Dazu kommen Rastmöglichkeiten mit Sitzgruppen und Relaxliegen, die zum Ausruhen, Ver-

weilen und Reflektieren der Sinneseindrücke einladen.

Das angeschaffte Mobiliar macht den größten Anteil der entstandenen Kosten aus. Insgesamt wurden knapp 16.000 € für die Entwicklung der beiden Wanderwege benötigt, von denen 75 %, also fast 12.000 €, durch die LAG Vulkaneifel gefördert werden konnten. Für Beratung und Fragen steht Regionalmanagerin Ronja Schäfer (ronja.schaefer@entra.de) gerne zur Verfügung. Mehr Informationen erhalten Interessierte unter www.leader-vulkaneifel.de.

Öffentliche Bekanntmachungen und Ausschreibungen

Diese öffentlichen Bekanntmachungen und Ausschreibungen finden Sie auch im Internet unter <https://www.bernkastel-wittlich.de/kreisverwaltung/oeffentliche-bekanntmachungen/> bzw. <https://www.bernkastel-wittlich.de/kreisverwaltung/vergaben/>.

Öffentliche Bekanntmachung zum Zwecke der öffentlichen Zustellung gemäß § 1 Abs. 1 Landesverwaltungs- zustellungsgesetz in Verbindung mit § 10 Abs. 1 Nr. 1 Verwaltungszustellungsgesetz sowie § 1 Abs. 1 der Hauptsatzung des Landkreises Bernkastel-Wittlich, jeweils in den aktuell gültigen Fassungen.

Folgende Person, deren Aufenthalt allgemein unbekannt ist, wird benachrichtigt, dass die Kreisverwaltung Bernkastel-Wittlich, Fachbereich 12 - Jugend und Familie, Kurfürstenstraße 16, 54516 Wittlich, gegen sie eine zustellungsbedürftige Entscheidung getroffen hat.

Betroffene/r: Naqaish Imliaz

letzte bekannte Anschrift: unbekannt
Datum und Aktenzeichen des Schreibens: 18.12.2023, Az.: 12-50-B-008161/008162

Das Schriftstück kann von der/dem Betroffenen oder von einer durch sie/ihn bevollmächtigten Person bei der Kreisverwaltung Bernkastel-Wittlich, Fachbereich 12 - Jugend und Familie, Kurfürstenstraße 16, 54516 Wittlich, eingesehen werden. Durch die öffentliche Zustellung werden Fristen in Gang gesetzt, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen. Die Entscheidung gilt als zugestellt, wenn seit dem Tag dieser Bekanntmachung zwei Wochen vergangen sind. Die Entscheidung erlangt Bestandskraft, wenn der/die Betroffene nicht innerhalb von zwei Wochen nach Zustellung schriftlich oder zur Niederschrift bei der Kreisverwaltung Bernkastel-Wittlich Widerspruch einlegt.

Wittlich, 18.12.2023
Kreisverwaltung Bernkastel-Wittlich

Fachbereich 12 - Jugend und Familie
Kurfürstenstraße 16
54516 Wittlich
Im Auftrag
gez. Manuela Neithöfer

Öffentliche Ausschreibung nach UVgO (Kurztext)

Der Landkreis Bernkastel-Wittlich beabsichtigt, einen Auftrag über eine Lizenzverlängerung „Citrix Maintenance and Support Renewal“ zu vergeben. Submissionstermin ist der 17.01.2024, 11:00 Uhr. Der detaillierte Langtext der öffentlichen Ausschreibung kann im Internet unter www.bernkastel-wittlich.de/kreisverwaltung/vergaben abgerufen werden.

Kreisverwaltung Bernkastel-Wittlich
20.12.2023
Im Auftrag: Andreas Müller

Öffentliche Ausschreibung nach UVgO (Kurztext)

Der Landkreis Bernkastel-Wittlich beabsichtigt, einen Auftrag über eine Schülerbeförderung von Neumagen-Dhron zur Realschule Plus in Thalfang, zu vergeben. Submissionstermin ist der 24.01.2023, 11:00 Uhr. Der detaillierte Langtext der öffentlichen Ausschreibung kann im Internet unter www.bernkastel-wittlich.de/kreisverwaltung/vergaben abgerufen werden.

Kreisverwaltung Bernkastel-Wittlich
20.12.2023
Im Auftrag: Andreas Müller

Bekanntmachung nach dem Grundstücksverkehrsgesetz

Über die Genehmigung zur Veräußerung nachstehender Grundstücke ist nach dem Grundstücksverkehrsgesetz zu entscheiden:

GEMARKUNG:	DISTRIKT:	WIRTSCHAFTSART:	GRÖSSE
Bettenfeld	Auf Roschheid	Waldfläche	0,7500 ha
Merschbach	Hinter den Häusern	Waldfläche	1,7397 ha
Bengel	Auf der Neuwies	Landwirtschaftsfläche	0,5027 ha

Landwirte/Forstwirte, die zur Aufstockung ihres Betriebes am Erwerb des(r) Grundstücks(e) interessiert sind, werden gebeten, dies der Unteren Landwirtschaftsbehörde bei der Kreisverwaltung Bernkastel-Wittlich, Kurfürstenstraße 16, 54516 Wittlich, bis spätestens 12.01.2024 schriftlich mitzuteilen. Ansprechpartner: Niklas Braun (Telefon: 06571 14-2418, E-Mail: Niklas.Braun@Bernkastel-Wittlich.de)

Erste Vorhaben der neuen Förderperiode ausgewählt

Die LAG Vulkaneifel ist im Juli 2023 in eine neue Förderperiode der Europäischen Union gestartet. Aufgrund des umfangreichen Verwaltungsaktes, der hinter diesem Übergang der Förderperioden steckt, mussten die Menschen der Region sich eine Weile gedulden, bis sie ihre neuen Projektideen bei der LAG Vulkaneifel zur Förderung einreichen konnten.

Der erste Aufruf der neuen Förderperiode ist daher mit einer starken Nachfrage gestartet. Im Zeitraum vom 19. Juli bis zum 31. Oktober 2023 wurden neun Projektideen mit einem Fördervolumen von insgesamt ca. 526.000 Euro bei der LAG eingereicht. Da das in diesem ersten Förderaufruf zur Verfügung stehende Budget damit um knapp 200.000 Euro überschritten wurde, konnten leider nicht alle Vorhaben für eine Förderung berücksichtigt werden.

Umso spannender gestaltete sich die Auswahl Sitzung des Entscheidungsgremiums der LAG Vulkaneifel, die am 23. November 2023 in Hillesheim stattfand. Die ebenfalls mit dem Wechsel der Förderperioden neu aufgestellten Auswahlkriterien der LAG Vulkaneifel haben entsprechend erstmalig Anwendung gefunden und dabei geholfen, die eingereichten Projektideen nach ihrem Beitrag zur Umsetzung der Entwicklungsstrategie der Region zu bewerten. Am Ende haben drei Vorhaben die obersten Listenplätze erreicht und konnten zum weiteren Antragsverfahren zugelassen werden.

Ein Vorhaben, das es in die Auswahl geschafft hat, dreht sich um das Anwesen der Burg Bruch. Hier soll im Par-

terre der Zehntscheune eine Innengastronomie entstehen. Neben der Schaffung eines wetterfesten kulinarischen Angebotes für Wandertouristen und Hochzeitsgesellschaften ist es den Eigentümern der Burg Bruch ein großes Anliegen, das denkmalgeschützte Gebäude zur Nutzung für die Menschen des Ortes wieder verfügbar zu machen und die Zusammenarbeit mit regionalen Produzenten weiter auszubauen.

Die Touristik GmbH Gerolsteiner Land möchte die Ergebnisse einer Planungsstudie, die in diesem Jahr fertiggestellt wurde, umsetzen. Konkret soll ein Naturerlebnispfad mit integrierter Waldkugelbahn bei Gerolstein gebaut werden. Die Waldkugelbahn soll Umweltthemen spielerisch erlebbar sowie kulturelle, soziale und ökologische Dynamiken und ihre Zusammenhänge erfahrbar machen. Das dritte Vorhaben, das zum weiteren Antragsverfahren zugelassen wurde, wurde durch die Stadt Daun eingereicht. Mithilfe eines Planungsbüros soll ermittelt werden, wie die Potenziale des Stadtwaldes Wehrbüsch strategisch, gestalterisch und baulich geweckt werden können, um einen Kur- und Heilwald auszuweisen. Dies ist ein im GesundLand Vulkaneifel bisher einmaliger Ansatz.

Das Regionalmanagement wird die Vorhabenträger bei den nächsten Antragsritten begleiten. Die LAG freut sich über die vielfältigen Projektideen, die im ersten Aufruf eingereicht wurden und den Beitrag, die sie potenziell für die Entwicklung der Region leisten werden.

Besuchen Sie uns im Internet: www.Bernkastel-Wittlich.de

Staatliche Prüfung zur Hygienekontrolleurin abgelegt



Die beiden Mitarbeiterinnen der Kreisverwaltung Bernkastel-Wittlich, Julia Thomas (2.v.r.) und Nina Schröder (3.v.r.) haben die staatliche Prüfung zur Hygienekontrolleurin abgelegt. Hierzu gratulierten Landrat Gregor Eibes, Vorgesetzte und Personalrat herzlich in einer Feierstunde. Die Ausbildung zur Hygienekontrolleurin dauert drei Jahre. Sie gliedert sich in eine praktische Ausbildung, die

mindestens 3.700 Stunden umfasst und eine theoretische Ausbildung, die mindestens 900 Unterrichtsstunden umfasst. Die Ausbildung erfolgt im Blockmodell, bei dem sich Blöcke der praktischen mit denen der theoretischen Ausbildung abwechseln. Die praktische Ausbildung der beiden Mitarbeiterinnen erfolgt beim Gesundheitsamt der Kreisverwaltung sowie in externen Praxiseinsätzen.

Beratung für barrierefreies Bauen und Wohnen

Seit 1995 berät die Landesberatungsstelle Barrierefrei Bauen und Wohnen mit einem erfahrenen Team von derzeit 17 Architektinnen und Architekten in ganz Rheinland-Pfalz zu allen Themen des barrierefreien Bauens und Wohnens sowie zur Wohnraumverbesserung durch Umbau und Modernisierung. Die Beratungen werden kostenlos und firmenneutral angeboten. Die Landesberatungsstelle bietet in Wittlich eine regelmäßige Sprechstunde an. Diese findet immer am ersten Dienstag in jedem ungeraden Monat von 14 bis 17 Uhr in

der Kreisverwaltung Bernkastel-Wittlich, Kurfürstenstraße 16 in Wittlich statt. Der nächste mögliche Beratungstermin ist der 9. Januar 2024. Eine Terminvereinbarung ist erforderlich bei Silvia Hausdorf, 06571 142372, Silvia.Hausdorf@Bernkastel-Wittlich.de. Bei bestehenden Gebäuden, die barrierefrei (z. B. bei Krankheit oder Pflegebedürftigkeit) angepasst werden sollen, können auch Vor-Ort-Beratungen angeboten werden. Weitere Informationen finden Interessierte unter www.barrierefrei-rlp.de.



Aktuell informiert!
Folgt uns auf Facebook
und Instagram
@kvbkswil



Mitarbeiter in den Ruhestand verabschiedet

Im Wittlicher Kreishaus verabschiedete Landrat Gregor Eibes zum Ende des Jahres die Mitarbeiter Gabriele Comes, Werner Krämer und Sonja Thömmes in den Ruhestand.

Gabriele Comes war seit 2006 als Sekretärin am Gymnasium Traben-Trarbach beschäftigt. Hier war sie für die Schülerinnen und Schüler, die Erziehungsberechtigten und ihre Kolleginnen und Kollegen stets eine freundliche, hilfsbereite und kompetente Ansprechpartnerin.

Werner Krämer begann seine Dienstzeit 1977 im Alter von 15 Jahren bei der Bezirksregierung Trier. 1981 wechselte er zur Kreisverwaltung nach Wittlich, wo er in verschiedenen Bereichen tätig war. Im Jahr 2012 übernahm er die Leitung des Fachbereichs Finanzen und Kostensteuerung und war bis zum Schluss in

dieser verantwortungsvollen Position.

Sonja Thömmes begann 1976 ihre Ausbildung in der Verwaltung. Nach ihrer Ausbildung war sie zunächst in verschiedenen Bereichen eingesetzt bevor sie 1999 im Sachgebiet Wohngeld einstieg. In diesem Bereich war sie bis zum Eintritt in die Rente eingesetzt. Während ihrer gesamten Dienstzeit haben sich die drei Mitarbeiter durch Fleiß, Fachwissen und Organisationsfähigkeit und die stets zuverlässige und pflichtgetreue Erfüllung ihrer Aufgaben ausgezeichnet. Landrat Gregor Eibes dankte ihnen für ihre langjährige Tätigkeit für den Landkreis Bernkastel-Wittlich und wünschte für die Zukunft alles Gute. Dem Dank und den Wünschen des Landrats schlossen sich Vorgesetzte und Vertreter des Personalrats gerne an.



Gabriele Comes (2.v.r.)



Werner Krämer(2.v.r.)



Sonja Thömmes (2.v.r.)